

**Nr. 18/981**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Kooperationen der Verwaltung des Landes Bremen mit anderen Bundesländern  
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 11. Februar 2014  
(Drucksache [18/1251](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 25. März 2014  
(Drucksache [18/1328](#))
2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes – Sexuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Vielfalt im Sexualkundeunterricht  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 28. November 2013  
(Drucksache [18/1178](#))  
2. Lesung
3. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes – Sexuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Vielfalt im Sexualkundeunterricht  
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Bildung  
vom 12. März 2014  
(Drucksache [18/1307](#))  
2. Lesung  
D a z u  
Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
vom 25. März 2014  
(Drucksache [18/1323](#))
4. ILO-Übereinkommen 169 endlich ratifizieren  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 13. März 2014  
(Drucksache [18/1309](#))
5. Wie schafft und sichert Wirtschaftsförderung Frauenarbeitsplätze?  
Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 27. März 2014  
(Drucksache [18/1340](#))
6. Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses in Bremen  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 3. April 2014  
(Drucksache [18/1348](#))
7. Nutzen und Kosten des Bauabschnitts 2.2 der Autobahn 281  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 16. April 2014  
(Drucksache [18/1354](#))

8. Asbest in Gebäuden und Umwelt – noch immer eine tödliche Gefahr!  
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD  
vom 25. April 2014  
(Drucksache [18/1364](#))
9. Elternarbeit als zentrale Aufgabe für Kindergarten und Grundschule  
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 29. April 2014  
(Drucksache [18/1371](#))
10. Teilhabe durch Arbeit – Maßnahmen zur Förderung chronisch psychisch Kranker, Suchtkranker und Leistungsgeminderter verbessern  
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 29. April 2014  
(Drucksache [18/1374](#))

## Nr. 18/982

### Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Schließungspläne, Studienplatzabbau und Unterfinanzierung: Wissenschaftsplan des Senats geht an die Substanz des Hochschulstandorts Bremen“.**

## Nr. 18/983

### Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 16. Mai 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit  
vom 21. März 2014  
(Drucksache [18/1319](#))  
  
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
2. 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz  
vom 21. März 2014  
(Drucksache [18/1320](#))  
  
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
3. Gesetz zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes  
  
Mitteilung des Senats vom 25. März 2014  
(Drucksache [18/1327](#))  
1. Lesung  
  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
4. Gesetz zur Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes  
  
Mitteilung des Senats vom 11. März 2014  
(Drucksache [18/1301](#))  
2. Lesung  
  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

5. 19. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (19. KEF-Bericht)  
Mitteilung des Senats vom 1. April 2014  
(Drucksache [18/1343](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 19. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
6. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern im Lande Bremen  
Mitteilung des Senats vom 8. April 2014  
(Drucksache [18/1349](#))  
1. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
7. Gesetz zur Änderung von bau- und enteignungsrechtlichen Vorschriften sowie der Baumschutzverordnung  
Mitteilung des Senats vom 22. April 2014  
(Drucksache [18/1355](#))  
1. Lesung  
2. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
8. Gesetz zur Änderung des Schwangerenberatungsgesetzes  
Mitteilung des Senats vom 22. April 2014  
(Drucksache [18/1356](#))  
1. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
9. Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss des Landes Bremen  
Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2014  
(Drucksache [18/1381](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt  
Frau Yasemin K e s t i  
anstelle des ausgeschiedenen Herrn Gerold Rudolphi zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.
10. Wahl einer Vertrauensperson und eines Vertreters in den Ausschüssen zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen/Richter des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt  
Herrn Ralf Schwarz  
anstelle der in den Bundestag gewählten Frau Bettina Hornhues zur Vertrauensperson und  
Herrn Jan Br ü n i n g  
anstelle des verstorbenen Herrn Björn Weber zum Vertreter von Herrn Robert Hodonyi in den Ausschüssen zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen/Richter des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts.
11. Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss des Landes Bremen  
Mitteilung des Senats vom 13. Mai 2014  
(Drucksache [18/1391](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt  
Herrn Klaus Otto P u p p a  
anstelle der ausgeschiedenen Frau Mareike Sander zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

## **Nr. 18/984**

### **Fördermaßnahmen zum Bau von Studierendenwohnraum**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 29. April 2014  
(Drucksache [18/1372](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das Wohnraumförderungsprogramm über das Jahr 2014 hinaus fortzusetzen und darin die besondere Förderungsfähigkeit von Studierendenwohnungen festzulegen.
2. gegenüber dem Bund bei der Verankerung des Themas studentisches Wohnen im Rahmen des auf Bundesebene geplanten „Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum“ darauf zu drängen, auch die Förderung der Schaffung von Studierendenwohnheimen und -anlagen mit Hilfe des Bundes zu ermöglichen.
3. gemeinsam mit dem Studentenwerk Bremen und weiteren Trägern den Mindestbedarf an Studierendenwohnraum in Bremen und Bremerhaven festzulegen und ein Konzept zu dessen Umsetzung vorzulegen.
4. Liegenschaften und Gebäude im öffentlichen Besitz auszuweisen, die für die Errichtung von oder Umnutzung in Studierendenwohnungen geeignet und für Studierende zum Wohnen interessant, geeignet und nachgefragt sind, z. B. in räumlicher Nähe zur Universität bzw. den Hochschulen, im Hulsberg-Quartier, in der Neustadt, in Findorff, in der Überseestadt oder am Schiffbauerweg in Gröpelingen.
5. zu prüfen, wie durch flexibles Bauen und Diversitätskonzepte die Wohnmöglichkeiten für Studierende mit Wohnangeboten für Flüchtlinge, mit Wohnen und Arbeiten für Existenzgründerinnen/Existenzgründer, mit generationenübergreifendem Wohnen und Wohnraum für junge Familien kombiniert oder/und mittelfristig ergänzt werden können.
6. innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit sowie der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie über geeignete Maßnahmen zum Bau von Studierendenwohnraum zu berichten.

## **Nr. 18/985**

### **Zusätzlichen öffentlich geförderten Wohnraum für Studierende schaffen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 13. Mai 2014  
(Drucksache [18/1392](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/986**

### **Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2014**

Mitteilung des Senats vom 13. Mai 2014  
(Drucksache [18/1390](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/987**

### **Wer, was, für wen – Transparenz über Drittmittel-Forschung an den öffentlichen Hochschulen herstellen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 15. Januar 2014  
(Drucksache [18/1233](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 18/988

### **Drittmittelforschung braucht Transparenz – Bremen braucht Drittmittelforschung**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 11. Februar 2014

(Drucksache [18/1254](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 18/989

### **Wissenschaft braucht mehr Transparenz**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 25. Februar 2014

(Drucksache [18/1290](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Entwurf der anstehenden Novelle des Bremischen Hochschulgesetzes (BremHG) sowie seiner Verordnungen zu berücksichtigen,

1. dass für alle Drittmittelprojekte mindestens folgende Angaben in geeigneter Form der Allgemeinheit zugänglich sind: Projekttitle (Inhalt und Zielsetzung), Identität der Drittmittelgeber, Fördersumme und Laufzeit,
2. dass möglichst ab einer Summe von 5 000 € eine weitgehende Veröffentlichungspflicht der Drittmittelverträge gewährleistet wird unter Beachtung der Forschungs-, Vertrags- und Wettbewerbsfreiheit und des Schutzes personenbezogener Daten sowie des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses,
3. dass geprüft wird, inwieweit compliance-Regelungen im Rahmen von Good Governance (guter Regierungsführung) aufgenommen werden können,
4. dass geprüft wird, wie Ergebnisse der Drittmittelforschung in absehbarer Zeit in Anlehnung an § 75 BremHG auch im open access veröffentlicht werden können,
5. dass die Hochschulen ermutigt werden, „fachbezogene Ethik“ in geeigneter Form zum Bestandteil des Lehrangebots zu machen, um Studierende für Loyalitätskonflikte zu sensibilisieren.

## Nr. 18/990

### **Transatlantisches Freihandelsabkommen**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 15. Mai 2014

(Drucksache [18/1395](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass ein mögliches Verhandlungsergebnis bei TTIP und CETA sowohl dem Bundestag als auch dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird und dass diese Beschlussfassung durch eine intensive Einbeziehung der Länder in die Beratungen vorbereitet wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die Bundesregierung bei ihrer kritischen Haltung zur Aufnahme von Investitionsschutzvorschriften in das TTIP bleibt; das von der EU beschlossene Verhandlungsmoratorium muss dazu genutzt werden, diesen Punkt ganz aus dem Verhandlungsmandat zu streichen. Spezielle Investitionsschutzvorschriften sind in einem Abkommen zwischen der EU und der USA nicht nötig. Beide verfügen über entwickelte Rechtssysteme, die potenziellen Investoren ausreichende Rechtssicherheit bieten. Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren durch außergerichtliche Schiedsgremien, die ausländischen Investoren Sonderrechte einräumen, sind im Verhältnis zwischen demokratischen Staaten nicht zu akzeptieren, da sie die legitime Handlungsfähigkeit der Staaten einschränken und die Demokratie beschädigen können.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dafür einzutreten, dass Verhandlungen von folgenden Grundsätzen ausgehen:

- Die Ergebnisse des bereits ausverhandelten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) sind sorgfältig auszuwerten und sobald wie möglich zu veröffentlichen. Die im Rahmen von CETA verhandelten Vereinbarungen dürfen keine präjudizierende Wirkung für die Verhandlungen mit den USA haben.
- Die in der EU gültigen Regeln des Sozial-, Umwelt-, Natur- und Tierschutzes, des Verbraucher-, Lebensmittel- und Gesundheitsschutzes müssen gewahrt bleiben und dürfen nicht als „Handelshemmnis“ infrage gestellt werden.
- Jede Seite muss das Recht haben, diese Regeln aus Gründen des Gemeinwohls auch in Zukunft weiterzuentwickeln. Die vorgesehene „regulatorische Kooperation“ zwischen den Vertragsparteien darf dieses Recht nicht beschneiden, sondern allein eine gemeinsame Weiterentwicklung von Standards erleichtern.
- Die Unterschiede im Agrar- und Lebensmittelbereich zwischen den USA und der EU müssen besonders berücksichtigt werden; es darf nicht zu einem zusätzlichen Druck der Agrarindustrie auf die bäuerlichen Strukturen in Europa kommen.
- Das Potenzial von Zollsenkungen und Verwaltungskostenreduzierungen einer Freihandelszone muss ausgeschöpft werden. Auch bei technischen Normen ist der Abbau von Hemmnissen ausgesprochen sinnvoll, das gilt vor allem für die einvernehmliche Entwicklung von gemeinsamen Standards bei neuen Technologien.
- Beide Seiten sollten sich verpflichten, mit einem solchen Abkommen auch die grundlegenden sozialen Rechte der ILO-Abkommen anzuerkennen.
- Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wie Arbeitsschutz, Kündigungsschutz, Streikrecht oder Schutz vor Diskriminierung dürfen nicht infrage gestellt werden. Eine Anpassung nationalstaatlicher Standards auf einem niedrigen gemeinsamen Nenner muss ausgeschlossen werden.
- Kultur und Medien sind nicht allein Wirtschaftsgüter. Sie müssen daher konsequent aus den Verhandlungen herausgenommen werden.
- Öffentliche Beschaffungsregeln dürfen nicht aufgeweicht werden. Es muss sichergestellt werden, dass das Abkommen nicht in die souveränen Entscheidungen der Staaten darüber eingreift, welche Dienstleistungen öffentlich organisiert werden.
- Ein Freihandelsabkommen kann nur abgeschlossen werden, wenn sich beide Seiten zugleich vertraglich verpflichten, die staatliche Souveränität und die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger in Sachen Datenschutz zu achten. Gerade im Hinblick auf wirtschaftliche Tätigkeiten muss eine anlasslose Datenerhebung und -verwertung durch staatliche oder andere Stellen ausgeschlossen werden.
- Freihandelsabkommen werden langfristig vereinbart. Deshalb sollte nach zehn Jahren eine Evaluierung vorgesehen werden und ein Verfahren zur Weiterentwicklung des Abkommens von vornherein Teil der Vereinbarungen sein.

## **Nr. 18/991**

### **Mobbing an Schulen**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 21. Januar 2014  
(Drucksache [18/1237](#))

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 25. Februar 2014**

(Drucksache [18/1283](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/992**

### **Auflage eines Programms zum Ankauf von Belegungsbindungen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 12. Februar 2013  
(Drucksache [18/771](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/993**

### **Auflage eines Programms zum Ankauf von Belegungsbindungen**

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie  
vom 12. Februar 2014  
(Drucksache [18/1261](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie Kenntnis.

## **Nr. 18/994**

### **„Senioren-genossenschaften“ auch in Bremen und Bremerhaven fördern?**

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 18. Februar 2014  
(Drucksache [18/1267](#))

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 25. März 2014**

(Drucksache [18/1329](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/995**

### **Gesundheitlicher Arbeitsschutz für Lehrkräfte**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 24. Februar 2014  
(Drucksache [18/1273](#))

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 8. April 2014**

(Drucksache [18/1350](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/996**

### **Versorgungssituation von seelisch verletzten und psychisch kranken Menschen mit geistiger Behinderung verbessern!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 20. März 2014  
(Drucksache [18/1318](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. einen Bericht zur Situation von geistig behinderten Menschen mit psychischen Störungen im Land Bremen zu erstellen,

2. in diesen Bericht unter anderem Verbesserungsvorschläge für das Behandlungsangebot von Menschen mit geistigen Behinderungen und psychischen Störungen aufzunehmen und Anforderungen an die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung und zusätzlichen psychischen Störungen bzw. Verhaltensauffälligkeiten zu formulieren,
3. in Gesprächen mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärztekammer und der Psychotherapeutenkammer einzutreten mit dem Ziel, auch das Behandlungsangebot für geistig Behinderte durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sowie Psychologinnen und Psychologen zu verbessern,
4. der Bürgerschaft (Landtag) binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung den Bericht vorzulegen.